



## Presseinformation

Berlin, den 16. Mai 2025

### **Familienunternehmen: Lohnnebenkosten müssen schnell sinken**

- **Tag des Familienunternehmens in Berlin mit mehr als 400 Unternehmerinnen und Unternehmern**
- **Mehrere Regierungsmitglieder und Oppositionsführer treten auf**
- **Schnelle Maßnahmen gegen Strukturschwäche gefordert**

Beim Tag des Familienunternehmens 2025 in Berlin haben mehr als 400 große Familienunternehmen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft gefordert. „Wir brauchen bis Herbst Maßnahmen zur Stabilisierung der Lohnnebenkosten“, sagte Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik, auf dem Tag des Familienunternehmens in Berlin. „Aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage müssen einige Familienunternehmen Stellen in Deutschland abbauen. Wir benötigen dringend Entscheidungen für die Wirtschaftswende.“

Am Tag des Familienunternehmens 2025 nehmen Gesellschafterinnen und Gesellschafter von Familienunternehmen aus Deutschland und Europa teil. Sie diskutieren unter anderem mit Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche, Kanzleramtsminister Thorsten Frei und der Grünen-Vorsitzenden Dr. Franziska Brantner. Ein wichtiges Thema ist auch das transatlantische Verhältnis. Auf dem Treffen treten auch internationale Gäste wie der ehemalige Stabschef des Weißen Hauses unter US-Präsident Donald Trump, John Michael Mulvaney, auf. Über die Folgen der Zollpolitik diskutiert ein Panel mit Familienunternehmern und Wissenschaftlern.

Die Erwartungen an die neue Regierung sind groß. Bereits in den nächsten Wochen solle die Bundesregierung ein Konzept vorlegen, wie der Beitragsanstieg in den Sozialversicherungen gestoppt wird. „Wir sehen ungebremste Verteuerungen bei den Sozialkassen, die den Faktor Arbeit in Deutschland belasten. Die Sozialabgaben liegen inzwischen bei 42 Prozent und es drohen Anfang nächsten Jahres weitere Kostensteigerungen. Uns läuft die Zeit davon“, sagte Kirchdörfer.

Die Familienunternehmen kämen wegen nicht-wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen in Deutschland an ihre Grenzen. Dass die Bundesregierung mehr Schulden aufnimmt, um einen Investitionsschub auszulösen, könne Mängel in der Infrastruktur beseitigen. Es reiche aber nicht, nur auf neue Schulden zu setzen. In der Corona-Zeit habe sich gezeigt, dass die finanzpolitischen Booster verpuffen, wenn sie nicht mit Strukturreformen einhergehen, sagte Kirchdörfer.

Die Familienunternehmen erwarten, dass die Bundesregierung in den ersten 100 Tagen Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beschließt. Dazu gehört das Aussetzen des deutschen Lieferkettengesetzes, die Senkung der Netzentgelte und der Beschluss über verbesserte Abschreibungsbedingungen. Zusammen mit der Stabilisierung der Sozialkassen wären das geeignete Maßnahmen, die für mehr Zuversicht im Land sorgen könnten. Die Familienunternehmen begrüßen den Vorstoß von



Bundeskanzler Friedrich Merz, der verlangt, auch das europäische Lieferkettengesetz zu kippen. Die EU-Bürokratie sei inzwischen die Hauptbelastung für die Unternehmen.

**Weitere Informationen:**

**Roland Pichler**

Leiter Haus des Familienunternehmens

Stiftung Familienunternehmen und Politik  
Pariser Platz 6A  
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 22 60 529 15

Fax: +49 (0) 30 / 22 60 529 29

Mobil: +49 (0) 151 / 644 116 37

[pichler@familienunternehmen-politik.de](mailto:pichler@familienunternehmen-politik.de)

[www.familienunternehmen-politik.de](http://www.familienunternehmen-politik.de)